



## Liebe Leserinnen und Leser,

während sich das Jahr dem Ende zuneigt, blicken wir mit der „Politikarena“ zurück auf die Aktivitäten und Entwicklungen der vergangenen Monate, die im Zeichen dynamischer und teils herausfordernder sportpolitischer Prozesse standen. Zugleich eröffnet sich mit dem nahenden Jahreswechsel der Blick auch auf kommende Veranstaltungen und neue sportpolitische Herausforderungen - nicht zuletzt im Hinblick auf eine Olympiabewerbung.

Die Sportwelt befand sich auch in diesem Jahr in einem steten Fluss. Aktuelle Debatten um Integrität und Governance, die finanzielle Nachhaltigkeit des Breiten- und Spitzensports sowie die soziale Verantwortung von Verbänden und Vereinen zeigen, wie tief der Sport mit gesellschaftlichen Kernfragen verwoben ist. Das IESF möchte zu diesen komplexen Themenfeldern mit seinen Projekten Datenmaterial beitragen, Analysen erstellen und Orientierung bieten, um eine Brücke zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft zu schlagen. So zielte das Projekt „SOPROS“, das soeben in einer Veranstaltung im Europäischen Parlament in Brüssel seine Ergebnisse vorgestellt hat, darauf ab, Lücken im Sozialschutz (z.B. in den Bereichen Altersvorsorge, Berufsunfähigkeit, Krankenversicherung) von Athletinnen und Athleten zu identifizieren und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen für Verbände und Politik zu entwickeln.

Ebenfalls in Brüssel hat das „Allstars“-Projekt im Dezember 2025 seine Ergebnisse zur Gestaltung kommunaler Sportpolitik präsentiert. Im Fokus stehen die Handlungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden in Europa, um eine zukunftsfähige Sportinfrastruktur zu erhalten, Vereine zu unterstützen und Bewegungsförderung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Im Sinne eines Werkzeugkastens für kommunale Entscheidungstragende wurden im Projekt Good-Practice-Beispiele und strategische Ansätze für eine integrative und nachhaltige lokale Sportpolitik veranschaulicht.

Vor uns liegt ein Jahr mit wichtigen Terminen. Gemeinsam mit dem Fußball-Museum werden wir in Dortmund auf die Weltmeisterschaft 2026 in USA, Mexiko und Kanada schauen, aber auch am 28. Januar 2026 in Köln die europäische und internationale Sportpolitik in Expertenveranstaltungen kritisch beleuchten sowie die Ernennung von Karen Petry zur apl. Prof. würdigen.

## In dieser Ausgabe

### Meinungsbeiträge

Jürgen Mittag: Neuanlauf in der Sportpolitik? Bilanz der Ampelkoalition, Perspektiven der Großen Koalition und Potenzial der Verankerung des Sports im Kanzleramt — S.2

Sven Güldenpfennig: Olympische Spiele in Deutschland? Ja, wenn ... — S.7

### Buchbesprechung

Jürgen Mittag: Menschenrechte als normativer Bezugspunkt von Sportgroßereignissen: Ein Handbuch als Enzyklopädie und Argument — S.11

### Laufende Projekte

SOPROS | Assessing, Evaluating and Implementing Athletes' Social Protection in Olympic Sports— S.13

Global IRTS | Convening Global Integration of Refugees Through Sport — S.16

ALLSTARS | Good Practice for Active Lifestyles in Local Sports Policies — S.17

### Aus dem Institut

Karen Petry mit neuem UNESCO Co-Lehrstuhl "Sport for Development, Peace and Environment in a Multidisciplinary and Global Perspective" und apl. Professur — S.19

### Veranstaltungsankündigung

High-Level-Lectures von Folker Hellmund und Karen Petry — S.20

Lehre Wintersemester 2025/26 — S.21

*Wir laden Sie bereits jetzt zu diesen Veranstaltungen ein. Wir halten Sie mit diesem Newsletter allgemein und auf der Webseite im Detail über alle Aktivitäten auf dem Laufenden. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Angebote zur Information und zum Austausch nutzen.*

*Das IESF und die Redaktion der Politikarena wünscht Ihnen ein ebenso friedliches wie beschauliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein hoffnungsvolles 2026...*

*Jürgen Mittag*

## MEINUNGSBEITRAG

### Neuanlauf in der Sportpolitik? Bilanz der Ampelkoalition, Perspektiven der Großen Koalition und Potenzial der Verankerung des Sports im Kanzleramt

Jürgen Mittag

Angesichts anhaltend politisch turbulenter Zeiten wurde von Medien und Öffentlichkeit nur am Rande registriert, dass es im Zuge des Regierungswechsels 2025 von der „Ampelkoalition“ zur „Großen Koalition“ zu einer grundlegenden institutionellen Neuausrichtung der staatlichen Sportpolitik in Deutschland gekommen ist. Der Sport, der seit Gründung der Bundesrepublik im Bundesinnenministerium ressortierte – zunächst unter dem ersten Innenminister Gustav Heinemann 1949 in der Abteilung V („Öffentliche Fürsorge und Leibesübungen“) mit dem dort nebenamtlich tätigen Rektor der Kölner Sporthochschule Carl Diem als Referenten – wurde mit dem Organisationserlass des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz vom

6. Mai 2025 im Bundeskanzleramt angesiedelt. Dass hier eine mehr als hundertjährige Traditionslinie unterbrochen wurde, zeigt der Umstand, dass der Sport auch schon während des NS-Regimes und der Weimarer Republik im Innenministerium verankert war. Bereits im Kaiserreich war der Sport im Zuge der Etatdebatten um

die Unterstützung des Reichstags für eine deutsche Bewerbung zu Olympischen Spielen erstmals im Februar 1914 dem damaligen Reichsamt des Inneren zugeordnet worden.

#### Sport im Kanzleramt: Vorbilder und Signale

Nun, 111 Jahre später, wird der Sport im Kanzleramt verankert. Friedrich Merz ist damit gleich mehreren Vorbildern und Forderungen gefolgt. Pate stand zum einen die Kulturpolitik. Es war Gerhard Schröder, der als Kanzler der neuen rot-grünen Bundesregierung im Herbst 1998 das Amt eines Kulturstaatsministers in Deutschland neu eingeführt und den

Verleger und Journalisten Michael Nauman zum ersten Amtsinhaber berufen hatte. Trotz anfänglicher Kritik – regional insbesondere aus Bayern kommend – etablierte sich die neue Position als partei- und länderübergreifende Institution. Vor allem die Kunstschaaffenden selbst begrüßten, nun einen obersten Lobbyisten für kulturpolitische Anliegen an zentraler Stelle zu haben und bei Festveranstaltungen wie dem Deutschen Filmpreis die Ehrung von einer der Kultur nahestehenden Persönlichkeit zu erhalten. Beispielgebend für die aktuelle institutionelle Neuausrichtung des Sports war aber auch Merz Parteifreund Armin Laschet, der im Juni 2017 als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in der neuen Landesregierung die Stelle einer Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt etablierte und diese in der NRW-Staatskanzlei ansiedelte. Begründet wurde dies von Laschet seinerzeit mit der Zielsetzung, sowohl den Breitensport als auch den Spitzensport aufzuwerten, um eine glaubwürdige Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahre 2028 oder 2032 in die Wege zu leiten. Schließlich hatte der organisierte Sport, namentlich der DOSB, im Vorfeld der Bundestagswahlen „Kernforderungen (...) an die nächste Bundesregierung“ aufgestellt, die in der Berufung eines Staatsministers für Sport kulminierten. Begründet wurde dies mit dem Argument, dass

es „eine exklusive institutionelle Verankerung (...) für den Sport im Bundeskanzleramt“ bedarf, „um der Komplexität der Querschnittsfunktionen des Sports gerecht zu werden“. Jenseits der Frage, welches dieser Beispiele die stärkste Überzeugungskraft für den neuen Bundeskanzler entfaltet haben mochte, erscheint es zu-

mindest bedenkenswert, die Potenziale und Grenzen dieser institutionellen Neuausrichtung kurz zu beleuchten und der Überlegung nachzugehen, inwieweit damit ein Neuanlauf deutscher Sportpolitik verbunden ist.

#### Die Bilanz der Ampelkoalition: Anspruch und Ambivalenz

Die jüngsten sportpolitischen Entwicklungen lassen sich nicht ohne einen Rückblick auf die Vorgängerregierung erklären. Die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatte von Beginn an große sportpolitische Erwartungen geschürt. Der Koalitionsvertrag von 2021 zielte unter dem Titel



„Mehr Fortschritt wagen“ auch auf eine strategische Neuausrichtung des Sportbereichs: Eine Reform der Leistungssportförderung, die Olympiabewerbung, eine Stärkung des traditionell nicht auf der Bundesebene angesiedelten Breitensports und der Sportvereine, das Zentrum Safe Sport und ein stärkerer Fokus auf Nachhaltigkeit und Inklusion waren zentrale, aber bei weitem nicht die einzigen ambitionierten Vorhaben der Ampelkoalition, die als Zielsetzung im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Als die Ampelkoalition zerbrach und Neuwahlen anberaumt wurden, fielen die sportpolitische Bilanz in Medien und bei politischen Beobachtern jedoch eher nüchtern aus. Trotz der Anerkennung einer ambitionierten Agenda und punktueller Fortschritte dominierten Schlagworte wie strukturelle Probleme, Reformstau und politische Unentschlossenheit das sportpolitische Resümee. Hervorgehoben wurde dabei wiederholt, dass zentrale sportpolitische Ämter – von Innenministerin Faeser, den Staatssekretären Özdemir und Seifert sowie dem Leiter der Abteilung Sport im BMI, Rülke, über den Vorsitzenden des Sportsausschusses Ullrich bis hin zu den Präsidenten von DOSB und DFB, Weikert und Neuendorf, durchweg mit SPD-Mitgliedern besetzt waren. Diese Konstellation habe – so die verbreitete Annahme – die Möglichkeit eröffnet, kohärente Strategien zu formulieren und Reformprozesse ressortübergreifend durchzusetzen. In der Praxis konnte dieses Potenzial jedoch kaum ausgeschöpft werden. Im Gegenteil: In zentralen Konfliktfeldern sportpolitischer Steuerung waren so unterschiedliche und vielfältige Interessen vertreten, dass wichtige Fragen ungelöst blieben oder auf Fachgremien ausgelagert wurden.

Als wichtigster Prüfstein sportpolitischer Handlungsfähigkeit der Ampelkoalition galt die Leistungssportreform. Mit dieser wurde das ambitionierte Ziel verfolgt, erstmals in der deutschen Sportgeschichte ein Sportfördergesetz aufzulegen und als dessen Kernelement eine unabhängige Spitzensport-Agentur einzurichten. War der erste Referentenentwurf vom März 2024 noch auf erhebliche Kritik bei den Sportverbänden und der Opposition im Parlament gestoßen, da man die Unabhängigkeit der neuen Spitzensport-Agentur nicht gewährleistet sah, fand die überarbeitete Fassung vom August 2024 größere Akzeptanz. Dennoch mahnten mehrere Verbände und Landessportbünde weitere Änderungen am Sportfördergesetz an. Aufgrund des Bruchs der Ampelkoalition und der fehlenden Unterstützung von CDU/CSU und FDP fand das Sportfördergesetz dann aber nicht mehr als Gesetz in den Bundestag eingebracht. Inwieweit die vorliegende Fassung von der neuen schwarz-roten Bundesregierung aufgegriffen wird, ist bislang unklar. Letztlich wird im Bereich der Leistungssportreform damit ein vorläufiges Scheitern diagnostiziert, dass der SPD als federführender Kraft zugeschrieben wird. Dies vor allem, weil es nicht gelang, Blockaden zu überwinden, die Zustimmung des organisierten Sports zu gewinnen und den engen Zeitplan einzuhalten.

Ein weiteres Projekt, das hohe Erwartungen weckte, war der Bewegungsgipfel der Bundesregierung, der in einen Entwicklungsplan Sport münden sollte. Aufbauend auf dem im Dezember 2022 veranstalteten Gipfeltreffen wurden in monatelanger Kommissionsarbeit von fünf Arbeitsgruppen neue Perspektiven für den Sport erarbeitet, mit denen die Rahmenbedingungen für Bewegung und Sport in Deutschland grundlegend verbessert werden sollten. Während die Signale aus den Arbeitsgruppen durchweg positiv waren und über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit berichtet wurde, erntete der anschließende Entwurf des Entwicklungsplans massive Kritik. Moniert wurde von DOSB, Landessportbünden und Fachverbänden, dass der Entwurf unverbindlich, fragmentiert und zudem aus Ressourcensicht unbefriedigend sei. Problematisch erschien vor allem, dass der Bund keine neuen Finanzierungsperspektiven eröffnete, Ländern und Kommunen aber ebenso wie dem organisierten Sport nahelegte, welche Schritte zu einer bewegungsfreundlicheren Gesellschaft einzuschlagen seien. Als bei der zweiten Auflage des Bewegungsgipfels im März 2024 alle 16 Landessportbünde der Veranstaltung aus Protest fernblieben, war auch der Entwicklungsplan Sport gescheitert. Allerdings kündigte der organisierte Sport an, an den Ergebnissen der Arbeitsgruppen festzuhalten, da man diese als wertvollen Ideenpool und als Grundlage für eine etwaige Neuaufgabe sehe.

Im Ergebnis etwas positiver fiel ein drittes Großprojekt der Ampelregierung aus, die Unterstützung für eine Bewerbung Deutschlands um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036 oder 2040. Im August 2024 war es am Rande der Sommerspiele in Paris zur Unterzeichnung einer Grundlageneinbarung durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und DOSB-Präsident Thomas Weikert gekommen, die eine staatliche Unterstützung in Höhe von 6,95 Millionen Euro für den Zeitraum bis 2027 zusicherte. Seitens der Medien wurde allerdings kritisiert, dass zu diesem Zeitpunkt weder ein Konzept noch ein Zeitplan für das weitere Bewerbungsverfahren vorlag. Näheres sollte erst am 7. Dezember 2024 vom DOSB bei seiner Mitgliederversammlung in Saarbrücken beschlossen werden. Einmal mehr kam der Sportpolitik aber der vorzeitige Bruch der Ampelkoalition in die Quere. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte den Sportempfang der SPD-Bundestagsfraktion am 4. November 2024 noch für ein grundsätzliches Bekenntnis zur Sportpolitik genutzt und erklärt, dem Projekt Olympia 2040 in der Koalition hohen Stellenwert beizumessen, da man erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen formellen Kabinettsbeschluss gefasst habe, eine Olympiabewerbung zu unterstützen. Da aber zwei Tage später die Koalition mit der Entlassung von Christian Lindner implodierte, entfaltete diese Ankündigung keine größere Tragweite mehr.

Im Bereich des Breitensports und Ehrenamts gab es seitens der Ampelkoalition weitere Initiativen, etwa die geplante Ent-

bürokratisierung kleiner Vereine oder die Anhebung der Übungsleiterpauschale. Doch auch diese Vorhaben blieben im Ansatz stecken und wurden zudem weniger als Teil einer strategischen Gesamtausrichtung bewertet, sondern als Reaktionen auf unmittelbare Problemlagen; eine übergreifende Strategie zur Stärkung des Vereinsengagements wurde nicht konzipiert. Insbesondere die Rolle des Sports als Integrationsmotor, als Präventionsraum der Gesundheitspolitik und als außerschulischer Bildungsakteur wurde von der Ampelkoalition nicht in ressortübergreifenden Strategien gebündelt. Der Anspruch, Sportpolitik als Querschnittspolitik zu begreifen, blieb somit in großen Teilen lediglich eine Ankündigung.

Die sportpolitische Bilanz der Ampel fällt damit insgesamt durchwachsen aus. Die deutsche Sportpolitik hat sich in den letzten Jahren zwar modernisiert, thematisch verbreitert und für gesellschaftliche Herausforderungen wie Integration, Nachhaltigkeit und Digitalisierung geöffnet. Doch der Wandel blieb bislang fragmentiert und ohne nachhaltige Tiefenwirkung. Die politische Steuerung des Sports schwankt dabei zwischen liberalem Fördermodell und staatlicher Interventionslogik – ein Spannungsfeld, das in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Erwartungen an den Sport zunehmend hinterfragt wird. Diese strukturellen Reformdefizite der deutschen Sportpolitik wurden von der Ampelkoalition nicht behoben, strategische Leuchtturmprojekte wie die Leistungssportreform oder der Entwicklungsplan scheiterten sogar. Die Konzentration zentraler sportpolitischer Ämter in den Händen einer Partei hat offenkundig nicht zu größerer Kohärenz oder Handlungsfähigkeit geführt – im Gegenteil: Sie hat offengelegt, dass politische Fortschritte noch weitaus stärkerer Koordinationsanstrengungen bedürfen. Was bleibt, sind zahlreiche sportpolitische Impulse und Anregungen, aber nur begrenzt implementierte Reformschritte. Künftige Regierungen werden sich infolgedessen vor allem an der Umsetzung

der Ziele und Vorhaben messen lassen müssen.

### **Koalitionsvertrag als Korrektiv?**

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD markiert in sportpolitischer Hinsicht einen Neuanlauf, die Reaktionen zum Erwartungshorizont fielen bislang jedoch eher verhalten aus. Mit der Einrichtung eines eigenständigen Staatsministeriums für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt hat die neue Bundesregierung den politischen Willen signalisiert, der Sportpolitik künftig eine strategisch zentralere Rolle zuzuschreiben. Ob damit ein Paradigmenwechsel einhergeht – von der Rahmensetzung und Verwaltung zur aktiven Ausgestaltung der Sportpolitik bzw. zu verstärkten Interventionen – bleibt nicht zuletzt mit Blick auf die ausgeprägte Befürwortung der Autonomie des Sports in Deutschland abzuwarten. Als Grundkonsens kann gleichwohl die Forderung des organisierten Sports – insbesondere des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) – festgehalten werden, eine stärkere politische Koordination sportbezogener Handlungsfelder anzustreben.

Ein zentrales Vorhaben der neuen Koalition besteht in der sogenannten „Sportstätten-Milliarde“, bei der zumindest eine Milliarde Euro für die Sanierung kommunaler Sportinfrastruktur – insbesondere von Schwimmbädern, Sporthallen und Außensportanlagen – bereitgestellt werden soll. Diese Maßnahme ist als Reaktion auf den seit Jahren erheblichen Investitionsstau im Bereich öffentlicher Sportanlagen zu verstehen. Auch wenn die avisierten Mittel angesichts eines geschätzten Sanierungsbedarfs seitens des DOSB von über 32 Milliarden Euro nur einen Bruchteil abdecken, wird die Initiative als bedeutsames Signal für den Einstieg in eine dauerhaft verlässlichere Infrastrukturförderung gewertet. Dies umso mehr, wenn für sportbezogene Infrastrukturinvestitionen auch Mittel aus dem „Sondervermögen“ Infrastruktur und Kli-



maneutralität (SVIK) herangezogen werden können.

Im Bereich des Spitzensports hat die neue Bundesregierung umfassendere Reformen angekündigt. Dazu zählen unter anderem digital gestützte, flexiblere Fördermechanismen, steuerliche Entlastungen für medaillengekrönte Athletinnen und Athleten sowie eine verbesserte soziale Absicherung im Kontext der Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und beruflicher Qualifizierung. Auch die geplante „Traineroffensive“, mit der die Attraktivität und Anerkennung des Trainerberufs gestärkt werden soll, ist als Reaktion auf zentrale Forderungen von Athletenvertretungen und Fachverbänden zu verstehen. Frühere Regierungen haben in diesem Jahrzehntelang vernachlässigten Feld bereits erste Reformansätze entwickelt, ein Durchbruch auf dem Weg zur Anerkennung der „Verberuflichung“ des Leistungssports ist bislang jedoch nicht erfolgt. Die Leistungssportreform – seit Jahren das Sorgenkind der deutschen Sportpolitik – steht dabei auf der Agenda der neuen Staatsministerin Christiane Schenderlein ganz oben. Bereits Ende Oktober 2025 wurde vom Bundeskanzleramt ein Referentenentwurf für ein neues Sportfördergesetz vorgelegt, der Kernüberlegungen aus der Zeit der „Ampel-Koalition aufgreift, aber auch einige neue Akzente setzt. Gemeinsam mit 32 Sportorganisationen hat der DOSB am 10. Dezember 2025 eine kritische Stellungnahme zum Referentenentwurf veröffentlicht. Die zentrale Kritik betrifft die vorgesehene Spitzensport-Agentur. Zwar wird die Verkleinerung des vorgesehenen Stiftungsrats grundsätzlich begrüßt, doch es wird moniert, dass die neue Besetzung dem Bund ein deutliches Übergewicht gebe: Von fünf Sitzen entfallen drei auf den Bund, je einer auf die Länder und den organisierten Sport. Diese Gewichtung sieht der DOSB als problematisch an, da eine erhebliche politische Einflussnahme auf sportfachliche Entscheidungen möglich und die Unabhängigkeit der Agentur sowie ihres Vorstands gefährdet werde. Weiterhin moniert der DOSB, dass zwei zentrale Grundsätze aus dem vorliegenden Entwurf gestrichen wurden: das klare Bekenntnis des Bundes zu seiner finanziellen Verantwortung für den Spitzensport und die verlässliche Kooperation zwischen Politik und Sport. In seiner Stellungnahme forderte der DOSB eine Stiftungsrats-Besetzung im Verhältnis von 3:2:1 (Bund, Sport, Länder) und bei Kernentscheidungen ein Veto-recht des Sports. Das Gesetz sollte sich zudem nicht auf ein bestimmtes Analyseinstrument wie PotAS festlegen, sondern der Agentur die Wahl der Erfolgsmessung überlassen. Angesichts dieser grundlegenden Kritik scheint eine konsensuale Einigung bei diesem Kernthema noch nicht in Sichtweite.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition widmet auch einer Reihe gesellschaftspolitisch relevanter Aspekte des Sports Beachtung. Die Einrichtung eines unabhängigen Zentrums für „Safe Sport“, das sich systematisch mit der Prävention von sexualisierter Gewalt und der Aufarbeitung und Verfolgung von Machtmissbrauch befasst, markiert bereits seit längerem

den maßgeblichen Schritt zur Verbesserung von Schutzstrukturen im organisierten Sport. Doch auch hier gilt es, die vollständige Arbeitsfähigkeit der bisherigen Anlaufstelle bzw. ihre Überführung in ein institutionalisiertes Zentrum für Safe Sport zu realisieren. Weitere Schwerpunkte liegen auf der Förderung des Frauensports, dem Ausbau inklusiver Sportangebote, der Unterstützung der Special Olympics sowie der Sicherung zivilgesellschaftlicher Sportprojekte, etwa im Rahmen von Fanprojekten. Auch das Ehrenamt, das institutionell aus dem Familienministerium in die Sportabteilung im Kanzleramt überführt wird, soll durch einen „Zukunftspakt“ nachhaltig gestärkt werden – geplant sind steuerliche Anreize, pauschale Aufwandsentschädigungen sowie rechtliche Vereinfachungen. Gerade dieser Bereich, der unmittelbar die Strukturen des deutschen Sportvereinswesens berührt, das zwar stabile Mitgliedschaftszahlen verzeichnet, seit einhalb Jahren aber auch eine beständig zurückgehende Anzahl von Vereinen auf mittlerweile weniger als 86.000 Sportvereine, verdient unter allen Umständen Beachtung. Die Anerkennung des E-Sports als gemeinnützige Betätigung rundet den erweiterten sportpolitischen Anspruch um ein kulturpolitisch bedeutsames Signal ab.

Besonderes Augenmerk wird im neuen Koalitionsvertrag dem Dauerthema Olympiabewerbung gewidmet. Die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele wird, so auch die neue Staatsministerin Schenderlein, als „Zukunftsprojekt“ betrachtet, das gleichermaßen nationale Begeisterung entfachen und internationale Positionierung erwirken soll. Doch gerade hier offenbart sich im Koalitionsvertrag eine strategische Leerstelle: Die Rolle des Bundes bei der Erstellung eines tragfähigen Konzepts, bei der Gewährleistung von Nachhaltigkeit und bei der Einbeziehung der Bevölkerung erscheint noch weitgehend unkonturiert. Auch wenn der DOSB mittlerweile die Rahmenbedingungen für die vier nationalen Kandidaten abgesteckt hat, wird es notwendig sein, dass sich der Bund hier stärker einbringt; vor allem wenn man das zwischenzeitlich mit Blick auf die Olympischen Spiele von Paris zum Leitbild apostrophierte Narrativ der Verzahnung von Stadt und Sport zum Referenzrahmen kürzt. Wie sich olympische Visionen mit der Realität des Sanierungsstaus der Sportstätten vereinbaren lassen, erscheint zumindest klärungs- und erklärungsbedürftig. Nicht zuletzt bedarf es einer überzeugenden kommunikativen Strategie, die Bürgerinnen und Bürger von der Sinnhaftigkeit einer solchen Bewerbung überzeugt. Mit Blick auf diese Aspekte kann der Koalitionsvertrag der Großen Koalition weniger als Alternative oder Korrektur der Aktivitäten der Ampelkoalition betrachtet werden, sondern letztlich eher als behutsame Neuakzentuierung.

### **Künftige Sportpolitik zwischen Chancen und Verantwortung**

Der strukturelle Neustart der Sportpolitik birgt zweifellos Po-

tenzial. Die stärkere Sichtbarkeit im Kanzleramt kann neue politische Bündnisse ermöglichen und sportpolitische Anliegen in größere gesellschaftliche Debatten integrieren – etwa zur öffentlichen Gesundheit, zur Inklusion oder zur Bildungsgerechtigkeit. Doch Strukturen allein genügen nicht. Es bedarf einer strategischen Gesamtvision, die den Leistungssport und den Breitensport ebenso wie die Sportverbände- und vereine gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gleichermaßen adressiert. Die Sportpolitik steht damit vor einem doppelten Legitimationsdruck: Sie muss sich politisch in der Regierungslogik verankern und gleichzeitig die Reformfähigkeit des Sports aktiv einfordern und unterstützen. Die ersten Auftritte der Ministerin lassen erkennen, dass sie sich dieser Herausforderung bewusst ist, auch wenn der politische Gestaltungsspielraum noch vage bleibt. Ob sie sich dauerhaft gegen die strukturelle Trägheit und die Widerstände im deutschen Sportsystem durchsetzen kann, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Die ersten Reaktionen machen deutlich: Wie bereits bei früheren Regierungsprogrammen wird auch dieser Koalitionsvertrag für seine zum Teil unverbindlichen Formulierungen kritisiert. Zwar ist eine politische Zielrichtung deutlich erkennbar, doch mangelt es vielfach an konkret ausformulierten Umsetzungspfaden, rechtlich bindenden Instrumenten und belastbaren finanziellen Zusagen. Dies betrifft insbesondere die Frage nach den tatsächlichen Kompetenzen und der Res-

sourceausstattung des neuen Staatsministeriums. Solange keine gesetzliche Grundlage – etwa in Form eines neuen Sportförderungsgesetzes – existiert, bleibt die institutionelle Handlungsfähigkeit mit Blick auf die Reform der Leistungssportförderung begrenzt. Auch in Bezug auf die infrastrukturelle Sanierung bleiben viele Maßnahmen in ihrer programmatischen Tiefe unkonkret. Berücksichtigt man die begrenzten Ergebnisse der Ampelkoalition in der Sportpolitik, scheint es geboten, weniger auf ambitionierte Ziele, sondern vielmehr auf eine strategische Koordination zu setzen, um aus Ideen dann auch konkret wirksam Reformprojekte zu machen.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass der Koalitionsvertrag eine politische Wertschätzung des Sports erkennen lässt und zentrale Herausforderungen wie soziale Teilhabe, Schutzstrukturen, Trainerförderung oder infrastrukturelle Modernisierung aufgreift. Ob diese programmatischen Leitlinien jedoch den Weg in eine verbindliche und wirkungsvolle Reformpraxis finden, hängt wesentlich von der konkreten Umsetzung in der aktuellen Legislaturperiode ab. Insbesondere die Ausgestaltung des Haushalts, die Kommunikationsstrategien und die Einbindung der relevanten Akteure des organisierten Sports werden den tatsächlichen Fortschritt entscheidend prägen.



## MEINUNGSBEITRAG

### Olympische Spiele in Deutschland? Ja, wenn ...

*Sven Güldenpfennig*

Unter den zahlreichen gescheiterten deutschen Anläufen zur Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer Spiele nach dem Highlight München 1972 befanden sich zwei, die international konkurrenzfähig waren: Hamburg für 2012 und München für 2018. Die erste wurde Opfer einer innenpolitisch motivierten Fehlentscheidung des deutschen NOK, die zweite einer globalpolitisch begründeten Standortpräferenz des IOC. Seither sucht Deutschland, bislang vergeblich, nach einem gangbaren Weg, der zu dritten Olympischen Spielen in Deutschland führen könnte.

Nach eigenem Bekunden konnte der DOSB in den vergangenen Monaten des Jahres 2025 wichtige Weichen stellen – allen voran die politische Unterstützung auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene. Eine Delegation des Deutschen Olympischen Sportbundes um Präsident Thomas Weikert sowie die deutschen IOC-Mitglieder Kim Bui und Michael Mronz hat gemeinsam mit der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, Christiane Schenderlein, hat am 28. November 2025 in Lausanne bei einem Besuch beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) die Aufnahme in den Continuous Dialogue beantragt.

Am 6. Dezember 2025 hat die Mitgliederversammlung des DOSB in Frankfurt den weiteren Weg für eine deutsche Olympiabewerbung beschlossen. Vier Städte bzw. Regionen – Berlin, Hamburg, München und Rhein-Ruhr – sind im Rennen und hatten bereits im Mai 2025 erste Konzepte vorgelegt, die im September geprüft wurden. Das weitere Verfahren sieht vor, dass nach München auch die weiteren Bewerber bis Juni 2026 die Möglichkeit für Bürgerbefragungen (Referenden) erhalten, sofern dies politisch gewünscht wird. Im Anschluss wählt der DOSB im Herbst 2026 auf Basis einer detaillierten Bewertungsmatrix den endgültigen nationalen Kandidaten aus, der sich anschließend international um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 bewerben wird.

Doch es ist absehbar, dass dies kaum hinreichen wird, zu einer erfolgreichen Bewerbung zu kommen. Vielmehr lassen sich aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Scheitern, verbunden mit Grundeinsichten über den gesellschaftspolitischen Status von Olympischen Spielen sowie über die politischen Umfeldbedingungen im olympischen Raum die folgenden zehn Schlussfolgerungen ziehen:

(1) Entgegen dem von Coubertin geerbten Hang zu olympiadeologischer Lyrik basiert eine begründete Idee von Olympischen Spielen „nur“ auf drei Elementen: Sport einer weltweiten kleinen Leistungselite auf höchstem Leistungsniveau; Versammlung aller weltweit verbreiteten Sportarten und aller Nationen nach dem Motto all sports – all nations an einem Ort innerhalb eines knapp begrenzten Zeitraums als Begegnung des Kulturguts Sport mit sich selbst und mit



seiner direkten kulturellen Verwandtschaft; Verknappung durch den Vier-Jahres-Rhythmus der Spiele zur Betonung der herausragenden Stellung dieses besonderen Festereignisses als Krönung der weltweiten Sportkultur. Aufbauend auf der Faszination, die schon von der „Weltsprache“ jeglichen Sports ähnlich wie von der „Weltsprache“ der Musik ausgeht, sind es genau diese drei zusätzlichen Kriterien, die – für die beteiligten Athlet\*innen wie für das weltweite Publikum – dem Schauplatz Olympia seinen herausragenden Rang als Teil der Weltkultur ermöglichen, um den sich die gesamte Menschheit versammeln kann.

(2) Da die Olympische Bewegung weder als ein gewöhnlicher Sportverband institutionalisiert noch ein Staat ist und folglich über keine eigenen infrastrukturellen Ressourcen für das Betreiben von Weltsport-Ereignissen verfügt, ist sie angewiesen auf die Bereitschaft jener Länder ihrer Mit-

politischen Nutzen das Land aus einer Ausrichtung ziehen kann, sondern darauf, welchen Beitrag es im Dienst an der Olympischen Idee und ihren Spielen erbringen kann und soll.

(4) Das IOC hat sein ursprüngliches Konzept, Olympische Spiele nach einem engen Verständnis der klassischen Theater-Idee der Einheit von Zeit, Raum und Handlung des Dramas zu gestalten, also sich insbesondere auf eine Ausrichterstadt zu beschränken, in seinen jüngsten Entscheidungen gelockert. Damit entstehen größere zwar nicht zeitliche, aber räumliche Gestaltungsmöglichkeiten für das Ausrichterland. Was sich freilich olympiapolitisch nicht geändert hat, ist der Charakter des IOC als eine Black Box, über dessen Entscheidungen insbesondere auch über die Ausrichterfrage aufgrund von internen Koalitionen, Blockbildungen oder auch individuellen Interessen einzelner Mitglieder, die



gliedsverbände, die dazu infrastrukturell, ökonomisch und politisch in der Lage sind, sichere und spitzensportpraxistaugliche „terrestrische Landeplätze“ für die Olympische Idee bereitzustellen, die ja für sich genommen nicht mehr ist als ein rein ätherisches, nicht materielles gedankliches Konstrukt.

(3) Staaten, die sich selbst als „Sportländer“, also als Teilnehmer und Nutznießer des weltweiten Angebots an Sportereignissen und darüber hinaus als „Kulturstaaten“ verstehen und glaubhaft über die genannten Bedingungen verfügen, stehen in der Pflicht, sich auch an der Übernahme der aus diesem Angebot entstehenden Lasten zu beteiligen. Die primäre Frage richtet sich somit auch für Deutschland nicht darauf, welchen direkten sportlichen, ökonomischen oder

keinerlei direktem externem Mandat unterliegen, man von außen keine verlässlichen Prognosen abgeben kann. Folglich unterliegt jeder Bewerbungsprozess einem stark spekulativen Moment, durch den jedoch eine ernstgemeinte Bewerbung sich nicht entmutigen lassen darf.

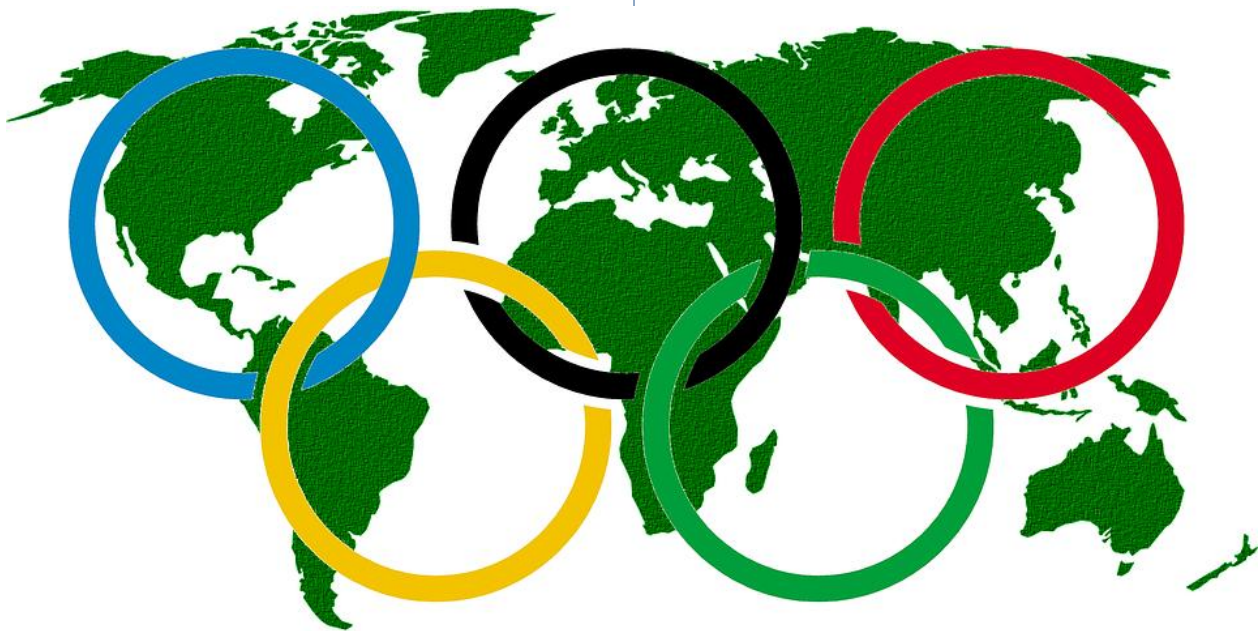
(5) Obwohl professionelle Schwarzseher in den westeuropäischen Öffentlichkeiten seit längerem einen Niedergang des Interesses insbesondere demokratischer Staaten an einer Olympia-Ausrichtung registrieren zu können meinen, würde eine erneute deutsche Bewerbung unter unvermindert starkem internationalen Konkurrenzdruck stehen. Angesichts der durchsichtigen, auf ein „Sportwashing“ gerichteten Ambitionen mancher autokratisch regierter Staaten sollte es jedoch gerade im Interesse sich demokratisch ver-

stehender Staaten und damit auch der Bundesrepublik Deutschland liegen, solchen Fehlentwicklungen eine glaubwürdige, politisch „uneigennützig“ Alternative entgegenzusetzen.

(6) Dabei sollte eine deutsche Bewerbung sich jedoch strikt die Attitüde eines politisch-moralischen Strebers und beserwischerischen Schulmeisters versagen. Stattdessen wird es darauf ankommen, unbeirrt auf seine eigenen Stärken zu setzen, diese geduldig und ausdauernd im Kreis der IOC-Mitglieder zu kommunizieren, sich nicht zur möglicherweise fragwürdigen Konkurrenz zu äußern und zu hoffen – viel mehr bleibt realistischweise nicht –, dass sich irgendwann die Tür öffnet, durch die man gehen kann. Wie volatil und politisch-moralisch zweifelhaft dieses gesamte Procedere ist, auf das man sich einstellen muss, lässt sich exemplarisch daran ablesen, dass ein kenntnisreicher Beobachter wie der ehemalige DFB-Manager Oliver Bierhoff laut Sport Bild (Nr. 46/2024) mutmaßt, ausgerechnet ein neuer US-Präsident wie die unberechenbare Abrissbirne aller Verlässlichkeiten namens Donald Trump, dem zudem der Sportjournalist Rick Reilly notorischen Betrug beim Golfspiel vorhält („Warum man Trump erst dann versteht, wenn man mit ihm golfen geht“), sei „gut für die Mega-Events“, für die er 2025, 2026

sierungsversuche durch unzivilisierte politische Mächte sind bislang niemals stark genug gewesen, um die kulturelle Ausstrahlung und Faszination der olympischen Dramen zu übertönen, zumal das IOC zuletzt unter Thomas Bach erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um die destruktive Wirksamkeit jener Missstände einzudämmen. Zudem zeigt bezüglich der Publikums-Resonanz alle Erfahrung, dass „der Appetit beim Essen kommt“, das heißt: Sollte eine Bewerbung erfolgreich sein und das olympische Ereignis unmittelbar bevorstehen, ist eine starke Mobilisierung der Bevölkerung zu erwarten, während eine absehbar skeptische Stimmung bei einer Befragung weit vor dem Ereignis eher die Sorge über die absehbaren Belastungen zum Ausdruck bringen dürfte.

(8) Insbesondere aufgrund der internationalen, aber auch aufgrund der innenpolitischen Entscheidungsbedingungen sollte das Bewerbungs-Projekt als das behandelt werden, das es, objektiv und realistisch betrachtet, ist: als eine zentralstaatliche Aufgabe mit außenpolitischer Dimension, für die alle Instrumente der internationalen Diplomatie einzusetzen sind. Deshalb sollten alle primär innenpolitischen Rücksichten auf basisdemokratische (Bürgerbeteiligung) und regionalpolitische (Föderalismus) Ambitionen zurückge-



und 2028 verantwortlich sein wird.

(7) Die olympiapolitischen Verantwortungs- und Entscheidungsträger dürfen sich dabei auch nicht irritieren und beindrücken oder gar einschüchtern lassen durch solche Stimmen in Medien, Wissenschaft, Politik und Publikum, die ihren selektiven Blick auf Missstände in der Olympischen Bewegung beschränken und dadurch ein unzutreffendes Bild von deren unaufhaltsamem Niedergang zeichnen. Die – unbestreitbaren – Fehlentwicklungen mit Namen Doping, Korruption, Gigantismus, Nationalismus und Instrumentali-

stellt und das Projekt an höchster gesellschaftspolitischer Stelle institutionell verankert und betrieben werden. Also zusammen mit dem Außenministerium im Bundeskanzleramt, und zwar beim Bundeskanzler selbst bzw. bei dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Und natürlich müsste dieses Amt „sportlich ertüchtigt“ werden. Denn es hatte bislang den Sport entgegen von dessen objektiver Zugehörigkeit zum Weltkulturerbe noch kaum als Gegenstand kulturpolitischen Handelns erkannt. Auch die Institutionen des Sports selbst haben diesen Zusammenhang mit der nationalen und auswärtigen Kulturpolitik nicht

in den Vordergrund ihres Handelns gestellt. Zudem sind sie in den internationalen Sportverbänden nur noch schwach verankert, was der Verlagerung des Bewerbungsprojekts auf die staatliche Ebene besondere Dringlichkeit verleiht. Unberührt bliebe bei einer solchen Konstellation der grundsätzlich begründete Anspruch der substaatlichen Sportorganisationen auf kulturelle Autonomie ihrer Zuständigkeit und ihres sportpolitischen sowie sportpraktischen Handelns. Denn sie würden diese Autonomie nur punktuell, ausnahmsweise und befristet wegen der gesamtstaatlichen Dimension dieses olympischen Projekts an die übergeordnete staatliche Ebene abtreten.

(9) Als Standorte kommen mit ihren unterschiedlichen Stärken die folgenden potentiellen Kandidaten in Frage: für die Sommerspiele Berlin als deutsche Hauptstadt und europäische Metropole, bei der ein renoviertes „Reichssportfeld“ ein noch immer herausragendes Areal bieten würde; oder die Region Rhein-Ruhr mit ihrer metropol-ähnlichen räumlichen Nähe und Sportstätten-Dichte, nicht zuletzt auch mit dem pragmatischen Erfahrungsschatz der Ausrichtung der FISU World University Games 2025; ferner Hamburg als europäische Hafenstadt mit einem noch immer vorzeigbaren herausragenden Bewerbungs-Konzept für die Spiele von 2012; und dann für die Winterspiele München mit einer Fortschreibung seines Konzepts für 2018. Da für die Sommerspiele der bereits bestehende Fahrplan erstmals für 2040 ein Fenster für eine deutsche Bewerbung eröffnet, könnte dies eine Präferenz für Winterspiele mit München bedeuten, wo die Chancen aufgrund der geringeren internationalen Konkurrenz ohnehin größer zu sein scheinen.

(10) Die künftige Weiterführung der begonnenen Bewerbungskampagne sollte mit aller Deutlichkeit, also ohne Wenn und Aber auf die Kernfrage an alle gesellschafts-, kultur- und sportpolitischen Verantwortungsträger\*innen zugespitzt werden: Wollen die maßgeblichen Kräfte in Deutschland, zu welchem Zeitpunkt auch immer, erneut Olympische Spiele im eigenen Land sehen und alles dafür Erforderliche tun? Falls die Frage wirklich eine positive Resonanz findet, sollten mit einer hohen Priorität alle zu einer erfolgreichen Arbeit erforderlichen Schritte eingeleitet werden. Das Ganze wird von dem Bewusstsein geleitet sein müssen, dass man sich auf einen langen Atem einstellen muss, der über mehrere Legislaturperioden hinweg reichen muss. Er wird eine vergleichbare Haltung erfordern, wie sie die Bauherren mittelalterlicher Kathedralen aufgebracht haben: das Bewusstsein, ein bedeutendes Projekt in Angriff zu nehmen, dessen Bewältigung voraussichtlich die Lebensspanne vieler ursprünglicher Initiatoren und Verantwortungsträger überdauern wird und deshalb über partei- und tagespolitischen Rücksichten und Egoismen hinweg wird

durchgehalten werden müssen.

Olympische Spiele sind keine Unterhaltungsshow, deren Erfolg primär davon abhängt, dass sie gut in der Spaßgesellschaft des Ausrichterlandes ankommt. Deutschland sollte sich daher in seiner Antwort auf die Frage „Warum Olympiabewerbung?“ im Interesse seiner Glaubwürdigkeit jeglichem olympiapolitischem Kitsch und jeder nationalen oder regionalen Nabelschau entziehen, sich strikt auf den sachlichen Kern fokussieren und eine ebenso selbst- wie pflichtbewusste Doppelbotschaft aussenden: Deutschland bewirbt sich, weil das Land es kann und weil das Land Mitverantwortung trägt für die lebendige Ausgestaltung der Olympischen Idee als eines bedeutenden Kulturguts des Weltbes.

## BUCHBESPRECHUNG

### Menschenrechte als normativer Bezugspunkt von Sportgroßereignissen: Ein Handbuch als Enzyklopädie und Argument

Jürgen Mittag

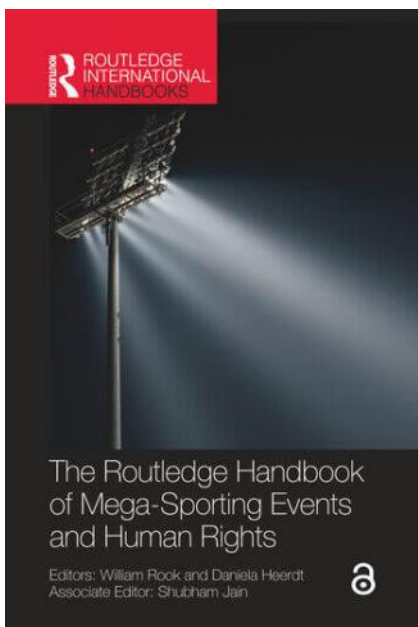
In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das Verhältnis von Mega-Sportveranstaltungen und Menschenrechten zu einem der dynamischsten Forschungsfelder der Sportpolitik entwickelt. Einhergehend mit der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen – namentlich von Olympischen Spielen und Fußballweltmeisterschaften – an BRICS-Staaten in den 2000er und 2010er Jahren und an arabische Staaten ab den 2010er Jahren hat das Thema sowohl in Medien und Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft zunehmende Aufmerksamkeit geweckt. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass William Rook und Daniela Heerdt mit dem Routledge Handbook of Mega-Sporting Events and Human Rights ein Werk herausgegeben haben, das den Anspruch verfolgt, dieses Feld in seiner ganzen Breite multidisziplinär und international aufzuarbeiten. Der Sammelband, veröffentlicht in Zusammenarbeit mit dem Genfer Centre for Sport and Human Rights (CSHR), versammelt über 50 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis und kann bereits mit Blick auf diese Bandbreite als Referenzwerk gelten. Hält der Band aber auch, was sein Titel und der Umfang von 42 Einzelbeiträgen versprechen? Dieser Frage soll nachfolgend zusammenfassend beleuchtet werden, ohne dabei im Detail auf einzelne der zum Teil sehr anregenden und weiterführenden Beiträge einzugehen.

Der Band ist in sechs Sektionen gegliedert – von konzeptionellen Einordnungen und (menschen-)rechtlichen Grundla-

gen über prozedurale- und akteursbezogene Perspektiven bis hin zu Fallstudien und Betrachtungen der Betroffenen von Sportgroßereignissen. Diese Struktur eröffnet eine breite, multiperspektivische Annäherung an ein komplexes Feld, in dem menschenrechtliche Standards, globale Sportökonomien und lokale Entwicklungen miteinander verwoben sind. Besonders wertvoll sind die empirisch dichten Fallstudien zu Großereignissen wie den Olympischen Spielen, Fußballweltmeisterschaften oder regionalen Turnieren, die aufzeigen, welche Auswirkungen Menschenrechtsverletzungen – etwa durch Zwangsumsiedlungen, prekäre Arbeitsbedingungen oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit – im Kontext von Sportgroßereignissen haben. Zugleich bringt die thematische Breite aber auch Herausforderungen mit sich: Die Beiträge variieren stark im analytischen Anspruch, der theoretischen Fundierung und der Tiefe ihrer empirischen Befunde. Einige Kapitel leisten einen hochspezialisierten Beitrag zu menschenrechtlichen Debatten – etwa zur extraterritorialen Staatspflicht oder zur Rolle des CAS im Kontext internationaler Governance –, andere verbleiben eher auf deskriptivem oder aktivistisch orientiertem Niveau.

Das zentrale Bezugssystem des Bandes sind die Menschenrechte. Sie fungieren als normativer Kompass, werden teilweise aber auch in ihrer analytischen Funktion reflektiert. Wichtige Differenzierungen – etwa zwischen politischen, sozialen und kulturellen Rechten oder zwischen individuellen und kollektiven Rechtsansprüchen – bleiben indes oftmals unterbelichtet. Auch die theoretische Rahmung des Menschenrechtsdiskurses bleibt vage: Die Beiträge stehen vielfach unverbunden nebeneinander, ohne dass eine gemeinsame konzeptionelle Linie erkennbar wäre. So werden etwa Machtverhältnisse und strukturelle Interessen, die zur Reproduktion von Menschenrechtsverletzungen in der globalen Sportindustrie beitragen, nur punktuell analysiert. Ansätze aus der kritischen politischen Ökonomie, postkolonialen Theorie oder Gouvernementalitätsforschung hätten hier eine stärkere Systematisierung und Erklärungskraft bieten können. Die Folge ist eine gewisse analytische Fragmentierung, die den wissenschaftlichen Anspruch des Bandes etwas abschwächt.

Ein zentrales Anliegen des Handbuchs ist die Frage nach Verantwortlichkeiten in den komplexen Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen von Sportgroßereignissen. Die Beiträge zeigen deutlich, wie stark dieses Feld von Verantwortungsdiffusion geprägt ist: Internationale Sportorganisationen wie das IOC oder die FIFA reklamieren politische Neutralität und sehen sich nur begrenzt durch andere Akteure oder interne „Checks and Balances“ kontrolliert. Nationalstaaten hingegen berufen sich auf ökonomische Sach-



Rook, William & Heerdt, Daniela (eds.): The Routledge Handbook of Mega-Sporting Events and Human Rights.

Routledge, London/New York, 2023, 530 Seiten, Hardback, 224,00 €, ISBN 9781032298924; 2025, 530 Seiten, Paperback, 46,39 €, ISBN 9781032298948

zwänge und Unternehmen verweisen auf freiwillige Selbstverpflichtungen. Diese institutionellen Mechanismen werden im Band nachvollziehbar dargestellt, doch bleiben kritische Fragen weitgehend offen: Warum scheitern verbindliche Menschenrechtsstandards? Der Band dokumentiert die Existenz zahlreicher Mechanismen – Audits, Due Diligence, Dialogformate – ohne letztlich eine überzeugende Erklärung dafür zu liefern, weshalb diese in der Praxis häufig wirkungslos bleiben. Eine kritische machttheoretische Perspektive etwa, die systematische Interessenkonflikte und ökonomische Kategorien stärker in den Blick nähme, fehlt. Nur knapp behandelt wird auch die Frage der Auswirkungen auf staatliche Strukturen, etwa inwieweit Sportgroßereignisse als Legitimationsinstrumente autoritärer Regime fungieren. Mit Blick auf diese Aspekte schöpft das Handbuch sein Potenzial nicht voll aus. Zwar liefern viele Beiträge wertvolle Einblicke in institutionelle Strukturen und Governance-Prozesse, doch die politische Verflechtung von Regierungsinteressen, ökonomischen Zielsetzungen und Verbandslogiken als strukturelles Merkmal von Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Sportgroßereignissen bleibt analytisch unterbelichtet. Zudem fehlt eine systematische Vergleichsanalyse zwischen verschiedenen Event-Formaten (z. B. zwischen Fußball-WMs und Olympischen Spielen), die es erlaubt hätte, stärker die strukturellen Muster menschenrechtlicher Risiken herauszuarbeiten.

Besonders hervorzuheben ist der Adressatenkreis und die Zusammensetzung der Autorenschaft. Das Handbuch ist nicht nur an ein akademisches Fachpublikum gerichtet, sondern explizit auch an Stakeholder aus Politik, Zivilgesellschaft und der Sportindustrie. Es eignet sich infolgedessen sowohl als Lehrbuch, denn auch als Praxisleitfaden und Nachschlagewerk – aber weniger als theoretisch kohärentes Analyseinstrument. Die Aufbereitung einiger Inhalte in Form von Podcasts, Interviews und didaktischem Material verweist auf eine innovative Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und stärkt die Transferfunktion des Werks. Es ist den Herausgebern zudem gelungen, eine bemerkenswerte Bandbreite an Stimmen zu versammeln – von etablierten Forschern über Aktivisten bis hin zu Praktikern aus NGOs und Sportorganisationen. Diese Diversität ist zweifellos eine Stärke des Bandes und trägt zur Praxisnähe und globalen Perspektive des Werks bei. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass die regionale Abdeckung unausgewogen ist: Afrika und Südasien sind unterrepräsentiert und auch die Athletenperspektive kommt nur begrenzt zu Wort.

Was bleibt in der Zusammenschau: Das „Routledge Handbook of Mega-Sporting Events and Human Rights“ ist ein materialreiches, interdisziplinäres und praxisnahes Kompendium, das einen wertvollen Überblick über Akteurskons-

tellationen, normative Debatten und empirische Fallbeispiele liefert. Es dokumentiert den aktuellen Stand der politischen Debatte und macht zentrale Problemlagen sichtbar – von Governance-Lücken über zivilgesellschaftlichen Widerstand bis hin zu menschenrechtlichen Leerstellen im globalen Sportsystem. Sein größter Mehrwert liegt in der Breite und Reichweite, nicht jedoch in der Tiefe theoretischer Auseinandersetzung. Wer eine systematische, analytisch durchdrungene und kritisch-theoretische Bearbeitung des Feldes erwartet, findet hier eher Anregungen als Ergebnisse. Wer hingegen ein umfassendes, multiperspektivisches und zugängliches Grundlagenwerk sucht, erhält hier eine unverzichtbare Ressource. Der Band schließt eine Lücke – und zeigt zugleich, wie viele Fragen noch offen sind.

## LAUFENDE PROJEKTE

### SOPROS | Assessing, Evaluating and Implementing Athletes' Social Protection in Olympic Sports

*Maximilian Seltmann*

#### SOPROS-Abschlusskonferenz im Europäischen Parlament in Brüssel

Unter der Schirmherrschaft der beiden Europaabgeordneten Bogdan Zdrojewski (EVP) und Hannes Heide (S&D) schloss das vom Institut für Europäische Sportentwicklung federführend koordinierte SOPROS-Team am Dienstag, den 9. Dezember, das Projekt mit der Abschlusskonferenz im Europäischen Parlament in Brüssel ab. Dieser Meilenstein brachte Mitglieder des Europäischen Parlaments, europäische Institutionen, Sportorganisationen, Athlet\*innenvertretungen, Forschende sowie Sozialpartner zusammen, um über die Zukunft des Sozialschutzes von Athlet\*innen in Europa zu diskutieren.

#### Sozialschutz muss ein struktureller Bestandteil des Sports werden

In seinen Eröffnungsworten betonte der Europaabgeordnete Bogdan Zdrojewski, dass die Rechte von Athlet\*innen im nächsten Erasmus+-Zyklus eine bedeutende Rolle spielen werden, begleitet von einem wachsenden politischen Engagement auf EU-Ebene.

Das SOPROS-Team stellte die drei Projektphasen (Analysieren, Bewerten, Umsetzen) vor und hob die größten in Europa identifizierten Defizite hervor, darunter: Konditionalität bei Leistungen, die unklare Rolle des Staates, Fragmentierung, eine begrenzte Beteiligung von Athlet\*innen an Entscheidungsprozessen sowie mangelnde Transparenz und Bildung. Zur Einstimmung auf die folgenden Diskussionen wurden das [SOPROS-Manual](#) sowie einige seiner Empfehlungen und Handlungsaufträge präsentiert.

#### Die SOPROS-Deklaration wurde unterzeichnet und ist nun offen für weitere Unterstützungsbekanntnisse

Ein zentraler Moment war die Unterzeichnung der [SOPROS-Declaration](#) durch die European Athletes and Players Association (EAPA), die European Association of Sport Employers (EASE), die European Olympic Academies (EOA) sowie die akademischen Partner.

Die Erklärung enthält sieben zentrale Forderungen sowie Verpflichtungen der Partner zur Stärkung der Gesetzgebung, zur Verbesserung der Koordinierung, zur Förderung des sozialen Dialogs und zur Verbesserung der Bildung rund um die Rechte von Athlet\*innen – ein wichtiger Schritt hin zu gemeinsamen europäischen Standards. Die Declaration ist offen für weitere öffentliche Unterstützungen durch In-



stitutionen und Privatpersonen, welche über die [Projektseite](#) getätigt werden können. In diesem Sinne spricht das Projektteam eine herzliche Einladung zur Unterstützung an alle aus, denen der Sozialschutz von Athlet\*innen ein Anliegen ist.

#### Das Momentum auf EU-Ebene wächst – die Umsetzung muss jedoch national erfolgen

In seiner Grundsatzrede hob Europaabgeordneter Hannes Heide die Dringlichkeit des Themas hervor: „Sport basiert auf Menschen, nicht auf Geld.“ Er betonte zentrale Prioritäten wie faire Verträge, Transparenz, angemessene Vergütung, EU-weite Mindeststandards sowie die Sicherstellung, dass Athlet\*innen in allen relevanten Diskussionen mit am Tisch sitzen.

Zudem wies er darauf hin, dass die Ergebnisse von SOPROS in die zukünftige Arbeit sowohl des Europäischen Parlaments als auch der Europäischen Kommission einfließen werden.

#### Podiumsdiskussion

Vertreter\*innen der Sport Unit der Europäischen Kommission, von EuroHockey, der European Athletes and Players

Association, des Europäischen Parlaments und des Europarats betonten unter anderem den Arbeitnehmerstatus als Grundlage für Schutz, den Mehrwert von EU-Projekten wie SOPROS, die Notwendigkeit von sozialem Dialog und Tarifverhandlungen, klarere Zuständigkeiten und moderne Governance-Strukturen sowie einen rechtsbasierten Ansatz für künftige Reformen.

Der gemeinsame Konsens: Kein Akteur kann den Schutz von Athlet\*innen allein verbessern, es geht nur zusammen. Ein Ansatz, der sich im Projektverlauf bewährt hat.

### **Von der Evaluation zur Implementierung eines umfassenden Sozialschutzes für Leistungssportler\*innen?**

Schon im Juni versammelte das EU-finanzierte Projekt SOPROS über 20 hochrangige Vertreter\*innen von europäischen Institutionen, nationalen Regierungen, Sportorganisationen und Athletenvertretungen zu einem Multi-Stakeholder-Workshop in Brüssel. Ziel war es, gemeinsam über die Stärkung des Sozialschutzes von Leistungssportler\*innen in Europa zu beraten. Trotz eines breiten Konsenses über die Notwendigkeit sozialer Absicherung – zusammengefasst in der Aussage „Ich habe gelernt, dass man nicht gegen den sozialen Schutz von Athleten sein kann“ – offenbarte die Veranstaltung auch die bestehenden Herausforderungen, nationale Grenzen zu überwinden und koordinierte Maßnahmen umzusetzen.

Zu Beginn stellten Prof. Dr. Jürgen Mittag (Deutsche Sporthochschule Köln) sowie Dr. Maximilian Seltmann und Lorenz Fiege zentrale Ergebnisse des SOPROS-Projekts vor. Der Fokus liegt auf olympischen Sportarten außerhalb der großen Profiligen, in denen Athlet\*innen häufig zwar in Vollzeit tätig sind, jedoch weder einen rechtlichen Arbeit-

nehmerstatus genießen noch hinreichend sozial abgesichert sind.

Die Forschung zeigt ein stark fragmentiertes Bild: Während manche Länder Athletinnen durch Sondergesetze oder staatliche Anstellung (z. B. im Militär oder der Polizei) schützen, fehlt es vielerorts an verlässlichen Regelungen. Besonders gravierend sind Lücken bei Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosengeld, Mutterschutz und Rentenansprüchen. Zudem herrscht unter Athlet\*innen selbst oft Unkenntnis über bestehende Rechte und Angebote – ein Großteil fühlt sich schlecht informiert.

Ein zentrales Argument des Projekts ist die enge Verknüpfung von Sportgovernance, Arbeitsrecht und sozialem Schutz. Es fordert, Athlet\*innen – insbesondere außerhalb des kommerzialisierten Profisports – als arbeitende Personen anzuerkennen, die Anspruch auf grundlegende soziale Sicherung haben sollten. Die Ergebnisse der ersten Projektphasen wurden in einem wissenschaftlichen [Bericht](#) veröffentlicht.

### **Soziale Absicherung als Grundpfeiler des Europäischen Sportmodells?**

Im Anschluss an die einführende Projektpräsentation diskutierten Vertreter\*innen aus Politik, Athletenorganisationen und Sport, inwieweit die soziale Absicherung bereits als zentraler Wert im europäischen Sportmodell verankert ist. Ein zentrales Ergebnis: Trotz wachsender politischer Aufmerksamkeit ist soziale Absicherung noch kein strukturtragender Bestandteil sportpolitischer Governance.

Vertreterinnen des Europäischen Parlaments berichteten, dass Athletenrechte – einschließlich Arbeits- und Sozialschutz – zunehmend Eingang in politische Berichte finden. So enthält der kommende Parlamentsbericht zum Europäischen Sportmodell explizite Verweise auf diese Themen. Dennoch bleiben institutionelle Zuständigkeiten auf EU-Ebene komplex und teils unübersichtlich.

Ziya Tanyar vom Europarat wies auf ungenutzte Potenziale bestehender rechtlicher Instrumente wie der Europäischen Sozialcharta hin, die auch für den Sportbereich relevante Schutzmechanismen bieten. Vertreter\*innen der aktuellen und kommenden EU-Ratspräsidentschaften – aus Polen, Dänemark und Zypern – signalisierten steigende politische Aufmerksamkeit für das Thema.

Aus Sicht der Athlet\*innen betonten Paulina Tomczyk und Natalia Orive (EU Athletes) sowie Walter Palmer (World Players Association), dass unabhängige Vertretungen essenziell sind, um verbindliche Verbesserungen durchzusetzen. Interne Athletenkommissionen reichten hierfür nicht aus. Um soziale Absicherung als Kernwert des europäischen Sportsystems zu etablieren, seien klare rechtliche Definitionen, institutionelle Kooperation und effektive Mitbestimmung notwendig.

### **Konkrete Instrumente für transnationale Koordination**

Im zweiten Teil des Workshops lag der Fokus auf konkreten politischen und rechtlichen Instrumenten zur Koordination



sozialer Sicherungssysteme auf europäischer Ebene. Die Kluft zwischen politischen Absichtserklärungen und tatsächlich wirksamen Maßnahmen wurde deutlich herausgestellt. Vertreter\*innen europäischer Sportverbände wie der Volleyball- und der Hockey-Föderation erläuterten bestehende Programme zu Dualer Karriere und Best-Practice-Austausch. Jedoch sei die Durchsetzung gemeinsamer Standards schwierig, solange nationale Mitgliedsorganisationen unabhängig agieren.

Diskutiert wurde zudem das Potenzial sektoraler Sozialdialoge im Sport – analog zum Modell im Profifußball. Auch der Kollektivbeschwerdemechanismus der Europäischen Sozialcharta wurde als untergenutzte Möglichkeit identifiziert, um über NGOs und Gewerkschaften Athlet\*innenrechte auf europäischer Ebene geltend zu machen.

Einigkeit herrschte darüber, dass das derzeitige politische Momentum genutzt werden müsse. Doch dafür brauche es eine abgestimmte, mehrdimensionale Zusammenarbeit aller Beteiligten – von Regierungen über Sportorganisationen bis hin zu Athletenvertretungen und EU-Institutionen.

#### Wie geht es weiter?

Jürgen Mittag stellte zum Ende der Abschlusskonferenz fest, dass das Bewusstsein für das Thema gewachsen ist, der weitere Fortschritt jedoch von Prioritätensetzung, Koordi-

nierung und der Entscheidung der Länder zwischen „weicher“ Governance und regulatorischen Reformen abhängt. Europa könnte zu einem Vorbild für den Sozialschutz von Athlet\*innen werden – doch die Umsetzung wird entscheidend sein.

Das SOPROS-Projekt mag zu Ende gehen – die Arbeit beginnt jedoch erst. Die Projektpartner danken allen Sprecher\*innen und Teilnehmenden für ihre Beiträge zu diesem wichtigen Thema.

## Athletes' Social Protection in Europe: Improving the Status quo through European Policies and Social Dialogue?

15:45	Registration (Welcome Coffee)	17:00	Panel Debate: "Athletes' Social Protection in the European Sport Model: How to Support its Implementation?"
16:00	Conference Welcome <i>MEP Bogdan Zdrojewski (CULT Committee, EPP)</i>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Giorgio Guazzugli-Marini (DG EAC Sport Unit)</i></li> <li>• <i>Katarzyna Biniaszczyk (APA European Parliament)</i></li> <li>• <i>Gino Schilders (Czech Hockey Federation &amp; EuroHockey)</i></li> <li>• <i>Paulina Tomczyk (European Athletes and Players Association)</i></li> <li>• <i>Stanislas Frossard tbc (Council of Europe's Sport Division)</i></li> </ul>
16:10	"Evaluating and Improving Athletes' Social Protection: The SOPROS Project" <i>Jürgen Mittag, Lorenz Fiege, Maximilian Seltmann (German Sport University Cologne)</i>		Chair: <i>Andrea Cattaneo (Edge Hill University)</i>
16:30	Signing Event: <i>SOPROS Declaration on Athletes' Social Protection</i>	18:00	Conclusions and Outlook <i>Jürgen Mittag (German Sport University)</i>
16:45	Keynote: "Athletes' Social Protection in EU Sport Policies" <i>MEP Hannes Heide (CULT Committee, S&amp;D)</i>	18:15	Cocktail Reception



Venue:  
European Parliament Offices  
Room SPINELLI 5G315

[Access for remote participation will be shared upon registration.](#)



## LAUFENDE PROJEKTE

### Global IRTS | Convening Global Integration of Refugees Through Sport

Sally-Ann Jennifer Fischer

Im Juni 2024, meldete der [UNHCR](#), dass 122,6 Millionen Menschen derzeit weltweit auf der Flucht sind. Diese Zahl ist seit Dezember 2023 um mehr als 10 Millionen gestiegen und weist auf die Dringlichkeit von gezielten Maßnahmen zur Unterstützung derjenigen hin, die aufgrund lebensbedrohlicher Umstände gezwungen sind ihren Heimatort zu verlassen.

Sport und Bewegungsspiele sind bereits zu einem festen Bestandteil bei der Unterstützung und Integration von Geflüchteten geworden und die Anzahl der Initiativen, Methoden und Akteure, die sich in diesem Bereich engagieren, wächst kontinuierlich. U.a. haben sich in den letzten Jahren verschiedene Akteure in dem Netzwerk ["Integration von Geflüchteten durch Sport" \(IRTS\)](#) zusammengeschlossen. Koordiniert wird dieses Netzwerk von der International Sport and Culture Association (ISCA).

Seit Anfang des Jahres ist das IESF unter der Leitung von Dr. Karen Petry Partner des 2-jährigen [Erasmus+ Projektes „Convening Global Integration of Refugees Through Sport Sector“ \(Global IRTS\)](#), welches sich mit den bestehenden Herausforderungen der Integration von geflüchteten Kindern und Erwachsenen befasst. Gemeinsam wollen die ins-

Sportorganisationen und zwei Hochschulen (Center for Advanced Migration Studies an der Universität Kopenhagen und DSHS Köln).

Die beiden teilnehmenden Universitäten haben in einem gemeinsamen Arbeitspaket die aktuelle Forschungslage zum Thema „Integration von Geflüchteten im und durch Sport“ erhoben. Unter der Leitung des Center for Advanced Migration Studies erfolgte eine Literaturanalyse, der Bericht kann [hier](#) eingesehen werden. Dr. Karen Petry und ihr Team haben zudem eine umfassende Übersicht zum Thema *„Social Return on Investment (SROI)“* im Kontext von Flucht, Migration und Sport vorgelegt.

Als Teil des jährlichen [Global ISCA Kongresses](#) fanden sich zudem im November diesen Jahres alle 23 Partner des Global IRTS Projekts zum ersten Mal in Ljubljana, Slowenien, zusammen. Dort wurden u.a. die Forschungsberichte vorgestellt und die weiteren Schwerpunkte des Projekts besprochen. Zu den weiteren Schritten des Projektkonsortiums gehören nun, eine aktive *Community of Practice* zu gründen, die alle relevanten Akteure weltweit vernetzen soll. Zudem soll ein gemeinsamer Konsens (*Consensus*) geschaffen werden, zu dem sich alle teilnehmenden Organisationen bekennen. Beendet wird das Projekt Ende nächsten Jahres und soll gemeinsam mit einem Global IRTS Forum in Kopenhagen, Dänemark, im November 2025 abgeschlossen werden.



gesamt 23 Partner, die globale IRTS Gemeinschaft zusammenbringen und dessen Stimme nutzen, um Erkenntnisse und Informationen rund um das Thema Flucht und Migration im Sport mit der globalen Gemeinschaft zu teilen. Das Konsortium besteht aus Institutionen, Finanzierungseinrichtungen, globalen Netzwerken, humanitären Organisationen,

## LAUFENDE PROJEKTE

### ALLSTARS | Good Practice for Active Lifestyles in Local Sports Policies

Till Müller-Schoell

#### Abschlusskonferenz "From People to Policy"

##### Wie lokale Netzwerke sportliche Aktivitäten für alle ermöglichen

Das an der Deutschen Sporthochschule Köln vom Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung koordinierte ALLSTARS-Projekt

hat sich der Identifizierung und Analyse erfolgreicher lokaler Sportpolitiken gewidmet, die Inklusion und einen aktiven Lebensstil fördern. Ziel war es zu untersuchen, wie lokale Initiativen und Governance-Strukturen die Teilnahme am Sport verbessern können.

Auf der Abschlusskonferenz am 21. November in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in Brüssel wurden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt, inspirierende Beispiele ausgetauscht und politische Entscheidungsträger, Sportorganisationen und Akteure aus der Gemeinde zusammengebracht, um zukünftige Möglichkeiten für inklusiven Sport auf lokaler Ebene zu diskutieren.

Alessia De Iulio sprach zur Eröffnung für ENGSO Youth und betonte die entscheidende Rolle von beteiligungsoffenen Entscheidungen wie Umsetzungen auf lokaler Ebene. Nur so könne der Sport sein Potenzial für die europäischen Gesellschaften realisieren. Der Weg in die Zukunft müsse kooperativ und in geteilter Verantwortung die Menschen in den Mittelpunkt stellen.

##### 32 Beispiele für gute Praxis aus fünf Ländern

Die anschließende Vorstellung der guten Praxis konnte nicht nur Anregungen zur Nachahmung und Adaption bie-

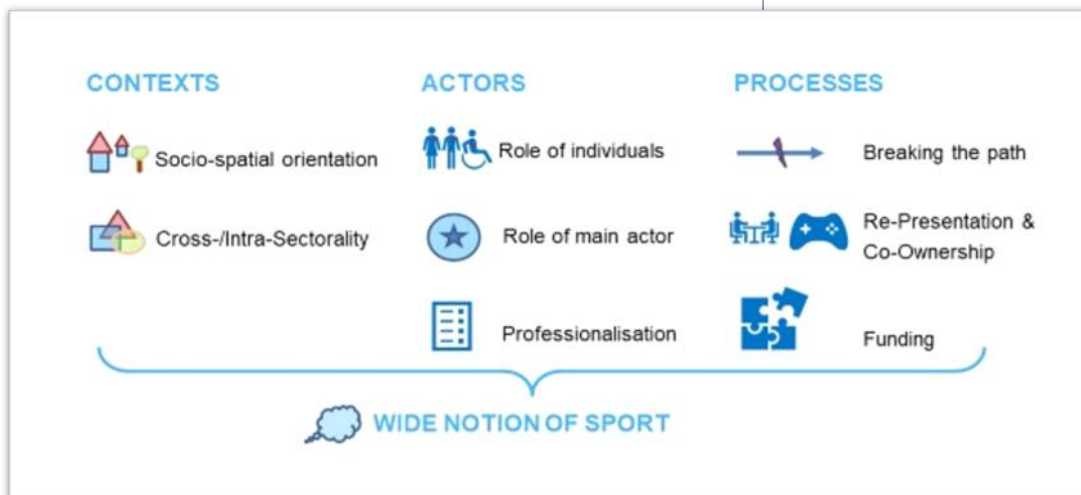
ten, sondern sie diente auch dazu, die identifizierten Faktoren zu illustrieren, die aus Sicht des Projekts zu guter Praxis führen (siehe Abbildung unten). Anhand dieser Beispiele diskutierten die Teilnehmenden in einem interaktiven Format den europapolitischen Bezug kommunaler Sportprojekte.

##### Podiumsdiskussion

Die abschließende Podiumsdiskussion moderierte Jürgen Mittag. Sie nahm einige Anregungen aus der interaktiven Arbeit auf und verfolgte weiter, in welcher Weise aktuelle Diskussionen um die Zukunft europäischer Sportpolitik und insbesondere die konzeptionelle Fassung des europäischen Sportmodells die lokale Ebene bereichern und fördern können und sollten. Stanislas Frossard, der Leiter Sport im Europarat, betonte hier ein großes und fest etabliertes Engagement. Hebe Schailleé, Professorin in



der Forschungsgruppe Sport & Gesellschaft an der Freien Universität Brüssel, legt den Akzent stärker auf die konkreten sozialräumlichen Erfordernisse, während Katarzyna Binaszczyk, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des MEP Bogdan Zdrojewski, von den konkreten Debatten um das europäische Sportmodell im Europäischen Parlament berichtete. Iñaki Iturrioz, Leiter des Sportdienstes des Provinzrats von Gipuzkoa, Spanien, konnte die praktische Brücke zwischen europäischer und lokaler Ebene illustrieren.



## „Die Stadt, der Sport und der Rand“

Bereits am 12. September fand an der Sporthochschule in Köln der nationale Workshop des ALLSTARS-Projekts statt. Auch hier war der Ausgangspunkt zunächst das gut dokumentierte Defizit der bestehenden Sportpolitik in Bezug auf Sport für alle und Sportbeteiligung. Der Schlüssel zu einer Verbesserung dieser Situation ist ein besseres Verständnis für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen, die auf die meist weniger gut organisierten Segmente der Gesellschaft abzielen.

Auf dem Workshop konnten die sieben analysierten deutschen Fälle guter Praxis vorgestellt werden. Nathan Geurink vom Mulier-Instituut in Utrecht stellte die niederländischen Erfahrungen vor. Entsprechend der analytischen Ausrichtung der Forschung ging es insbesondere um die Netzwerkstrukturen und die Entscheidungs- wie Implementationsprozesse. Als Hauptgründe für erfolgreiche Einführung und Fortsetzung von guter Praxis ergeben sich folgende Faktoren:

- Sozialraumorientierung, sektorübergreifende Netzwerke und Kooperation von unterschiedlichen Akteu-



ren innerhalb von Sektoren

- Engagement und Professionalität von Individuen in Vereinen und Initiativen, die ihre sozialintegrative Aufgabenstellung ins Zentrum ihres Selbstverständnisses gestellt haben
- Disruptive politische Prozesse, die Repräsentation und Ownership von neuen Zielgruppen ermöglichen und Finanzierungen für neue Praktiken bieten.

Insgesamt sind die guten Praxisbeispiele von einem weiten Sportverständnis geprägt, das zumeist jenseits von Wettkampf- und Leistungsprinzip liegt.

Der Workshop profitierte davon, dass eine Vielzahl der vorgestellten Praxisbeispiele selbst vor Ort ver-

treten war und in den interaktiven Diskussionsformen mit anderen Praktiker\*innen aus dem Feld in Austausch kam. Die abschließende Podiumsdiskussion mit Daniela Schne-



ckenburger, Leiterin des Dezernats Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung beim Deutsche Städtetag, Sonny Weishaupt, Referent Koordinierungsstellen „Integration im und durch Sport“ beim LSB Niedersachsen, Volker Anneken, Mitglied der Geschäftsführung der Gold-Kraemer-Stiftung und Pia Strohmeyer, Geschäftsführung Pädagogik bei der RheinFlanke wurde von Nora Hespers moderiert.

Die beforschten Projekte und Ergebnisse sind auf unserer Website zusammengeführt und öffentlich zugänglich. Interessierte aus Sport, Politik und Öffentlichkeit finden anhand internationaler Projektbeispiele neue Ansatzpunkte und Inspirationen.

**Unsere Website**

<http://www.local-sport4all.eu>



## AUS DEM INSTITUT

### Karen Petry mit neuem UNESCO Co-Lehrstuhl "Sport for Development, Peace and Environment in a Multidisciplinary and Global Perspective" und apl. Professur

Dr. Karen Petry hat von der UNESCO den Titel Co-Chairholder für den UNESCO Lehrstuhl "Sport for Development, Peace and Environment in a Multidisciplinary and Global Perspective" verliehen bekommen. Außerdem wurde sie von der Deutschen Sporthochschule Köln zur außerplanmäßigen Professorin ernannt und damit für ihre umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten und ihren kontinuierlichen Beitrag zur Lehre und Forschung gewürdigt.

Die Idee und die Entwicklung des Antrages für den UNESCO Lehrstuhl erfolgte gemeinsam mit Prof. Dr. Tegwen Gadais von der Université du Québec à Montréal, Kanada (UQAM). Im Rahmen des zweistufigen Auswahlverfahrens wurde nach der positiven Bewertung durch die kanadische UNESCO Kommission der Antrag an die UNESCO Zentrale in Paris weitergeleitet. Hier wurde die endgültige Entscheidung zur Bewilligung des UNESCO Lehrstuhls getroffen.

In Deutschland gibt es gegenwärtig nur 17 UNESCO Lehrstühle, weltweit sind ca. 10 UNESCO Lehrstühle in der Sportwissenschaft angesiedelt. Basis der zunächst auf vier Jahre ausgelegten engen Zusammenarbeit im Rahmen des UNESCO Lehrstuhls ist ein Kooperationsvertrag zwischen der DSHS Köln und der Université du Québec à Montréal. Zudem kooperiert der Lehrstuhl eng mit der Universität Rio Grande in Brasilien (Prof. Billy Graeff) und der Palacky Universität in Olomouc/ Tschechischen Republik (Dr. Simona Safaříková).

Der neue UNESCO-Lehrstuhl konzentriert sich auf innovative Aktivitäten in den Bereichen Forschung, Lehre und



Transfer/ Publikationen, die sich inhaltlich auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beziehen. Im Fokus stehen die folgenden Themen: Gesundheit und Bildung (SDG 3, 4), Geschlechtergerechtigkeit und Abbau sozialer Ungleichheiten (SDG 5, 10), Umwelt, Klimawandel und Naturschutz (SDG 13), sowie Frieden und sozialer Zusammenhalt (SDG 16). Zudem ist der neue UNESCO Lehrstuhl Partner der UNESCO Fit for Life Global Alliance.

Im Rahmen der thematischen Ausrichtung geht es primär darum, Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der weltweit stetig wachsenden Anzahl sog. vulnerabler Bevölkerungsgruppen (z. B. Geflüchtete, indigene Völker, Kinder und Jugendliche aus Armutsgebieten) zu leisten.

Strategisch fokussiert sich der UNESCO-Lehrstuhl vor allem auf Kooperationsprojekte und die Entwicklung neuer Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national, international) und zwischen verschiedenen Akteursgruppen (Forschende, Politik, Zivilgesellschaft). Karen Petry ist es dabei ein zentrales Anliegen, Expert\*innen aus allen Kontinenten, in verschiedenen Sprachen und zu unterschiedlichen Forschungsthemen zusammenzubringen, um eine globale, multidisziplinäre und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler\*innen aus den Ländern des sog. „Globalen Nordens“ und des „Globalen Südens“ zu fördern. Damit soll nicht zuletzt der dringend notwendige entwicklungspolitische Diskurs zur Dekolonialisierung im Bereich „Sport for Development“ ins Zentrum gerückt werden.

Weitere Informationen:  
Webseite: <https://unescosdpe.uqam.ca/>  
Auf **LinkedIn** berichten wir laufend über unsere Aktivitäten: <https://www.linkedin.com/company/unesco-chair-sport-for-development-peace-and-environment/>



## Sportpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

Rückblicke, aktuelle Konfliktfelder, Bilanz

Einladung  
“High-Level  
Lectures”

Im Rahmen der hochschulöffentlichen Veranstaltung findet die **Antrittsvorlesung** von Apl. Prof.’in Dr. Karen Petry statt.

**16.00 UHR**

**Begrüßung  
und Eröffnung**

Prof. Dr. Ansgar Thiel  
Rektor der DSHS Köln

Prof. Dr. Jürgen Mittag  
Leiter des Instituts für Europäische  
Sportentwicklung und Freizeitforschung

**16.15 UHR**

Folker Hellmund  
Leiter des EOC EU-Büros in Brüssel

**Europäische Sportpolitik und  
Interessenvertretung in Brüssel –  
Schlaglichter vergangener Entwicklungen  
und Bilanz (in englischer Sprache)**

**17.00 UHR**

**Apl. Prof.’in Dr. Karen Petry**  
Institut für Europäische  
Sportentwicklung und Freizeitforschung

**Entwicklungspolitische Dimensionen  
des Sports – Herausforderungen und  
Perspektiven im Spannungsfeld von  
Wissenschaft und Politik (in englischer  
Sprache)**

**28. Januar 2026  
16:00 - 18:00 Uhr**

**Hörsaal 2, DSHS Köln**

**Im Anschluss laden wir zum  
Get-Together im Foyer der DSHS ein.**



Deutsche  
Sporthochschule Köln  
German Sport University Cologne



## LEHRVERANSTALTUNGEN DES INSTITUTS WINTERSEMESTER 2025/26

### Prof. Dr. Jürgen Mittag

**TDM3** - Entwicklungslinien und Perspektiven des Tourismus: Massentourismus im Wandel

Di 10:45 -11:45 Uhr, SR 14

**BAS2** - Grundlagen der Sportpolitik und Sportökonomie

Di 14:00-15:00 Uhr, Hö 1

**SMA1/DEV3** - Introduction to European and International Politics: Europe and the International System between Transformation and Disruption

Mi 8:30-10:15 Uhr, Hö 3

**DEV1** - Fundamentals & Disciplinary Approaches of Sport Development: The Politics of Sport Development

Mi 16:00-17:15 Uhr, Hö 5

**DEV10** - Comparative International Sport Politics: Comparing Systems, Structures, and Outcomes

Mi 14:15-16:00 Uhr, SR 96

### Dr. Maximilian Seltmann

**DEV10** - Global Governance and International Relations of Sport Governing Bodies

Do 16:30-18:00 Uhr, SR 96

**DEV12** - Simulation Game and Project Management

Mi 08:30-10:00 Uhr, SR 61

**DEV2** - Applied Research techniques and Methods

Do 14:30-16:00 Uhr, SR 64 (mit Dr. Sören Dallmeyer)

### Dr. Karen Petry

**M3** - Kulturphänomen Sport

Mi 12:30-14:15 Uhr, SR 96

**DEV3** - National Sport Systems and Policies

Do 13:30-15:15 Uhr, SR 64

**DEV8** - Role of NGOs, Governments, UN and International Bodies

Fr 9:45-11:30 Uhr, SR 15

**DEV8** - Fields of Action and Implementation

Fr 11:30-13:15 Uhr, SR 15

### Dr. Till Müller-Schoell

**TDM5** - Tourismusforschung

Mo 9:00-10:30 Uhr, SR 96

**TDM5** - Grundlegende Forschungsmethoden

Mo 10:30-13:00 Uhr, SR 96

**SBV3** - Management und Organisation im Sport

Mi 08:00-9:45 Uhr; Hö 2

**DEV1** - Theories and Key Works in the Social Sciences

Mi 10:45-12:30 Uhr, SR02

**SMA1** - National Sport Systems and Policies

Do 14:00-15:45 Uhr, SR 92

**SBV3** - Sport- und Verbandspolitik

Do 15.45 – 17.30 Uhr, SR 93



### IMPRESSUM PolitikArena - SportPolitikWissenschaft

#### Herausgeber

Institut Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung  
Deutschen Sporthochschule Köln  
Am Sportpark Müngersdorf 6  
50933 Köln | Tel. 0221 4982 2410 | [www.dshs-koeln.de/iesf](http://www.dshs-koeln.de/iesf)

#### Verantwortlich

Prof. Dr. Jürgen Mittag & Dr. Karen Petry

#### Redaktion

Dr. Till Müller-Schoell  
Telefon 0221 / 4982 7350  
[t.mueller-schoell@dshs-koeln.de](mailto:t.mueller-schoell@dshs-koeln.de)

#### Gestaltung

Saskia Pawlowski